

Hamburger Echo

Preis 10 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 282

Dienstag, 13. Oktober 1931

57. Jahrgang

Schwerindustrie fordert Inflation

Das Komplott von Harzburg / Der letzte Strohalm überschuldeter Industrieller / Das Volk soll ausgeplündert werden

Die heute beginnende Tagung des Reichstags ist der Anfang entscheidender Kämpfe. Die Tagung des deutschen Faschismus in Harzburg hat dafür gesorgt, daß die Fronten klar und deutlich erkennbar sind. In diesen Kämpfen wird es hart auf hart gehen. Es geht um die Demokratie, um das Recht des Volkes, es geht um das Recht aller Lohnarbeiter und Angestellten in Deutschland!

Der Faschismus rüstet zum Angriff. Sein Angriff richtet sich in erster Linie gegen die Arbeiterschaft, darüber hinaus aber gegen das ganze Volk, soweit es nicht zu dem Kapitalismus rednet. Er will das Tarifrecht und die Sozialpolitik zerlegen, er will eine neue grandiose Enteignung aller Nichtkapitalisten durch eine neue Inflation.

Die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen und die ostfälischen Großagrarier haben eine Inflationsbewegung gegen das deutsche Volk gebildet. Als ihr Wortführer ist in Harzburg der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht aufgetreten. Das ist ein Vorgang, der das ganze deutsche Volk aufrollen muß!

Es hat vor einigen Tagen eine Unterredung zwischen Vertretern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und dem Reichskanzler Dr. Brüning stattgefunden. Ueber diese Unterredung ist verschiedenes in die Öffentlichkeit gedrungen. Danach hat die Industrie nichts mehr und nichts weniger gefordert, als daß Deutschland England auf der schiefen Ebene folgt und eine neue Inflation macht.

Die Sparer, die man schon einmal betrogen hat, könnten eben von vorne anfangen. Hauptfrage, die Industrie macht sich an der Inflation. Einer dieser industriellen Delegierten war Albert Bögler, bermalteist die rechte Hand von Hugo Stinnes, als dieser mit dem Geld betrogener Sparer ein Industrieherzogtum zusammenbaute und wertvolle Teile unserer kleinen und mittleren Industrie feiner Desillusionierten opferte und abdrückte. Der andere war Friedrich Fild. Er war ein kleiner Mann im feinen Westfalen, der in der Inflation ein großer Geschäftsmann in ostfälischen Dörfern wurde und dem dann der Sprung in die rheinisch-westfälische Schwerindustrie glückte. Er hat Teile von ehemaligen Industrieherzogen Stinnes aufgekauft; mit dem Geld, das in der Inflation verdient war. Aber auch mit Bankrottgeld. Friedrich Fild steht bei den diversen Banken sehr tief in der Linte. Das erklärt vieles. Schließlich die ganze Tagung in Bad Harzburg.

Friedrich Fild ist der Mann, von dem die gesamte Berliner Finanzwelt weiß, daß er bis jetzt seine immensen Bankschulden nicht zurückgezahlt hat und wahrscheinlich auch niemals zurückzahlen können wird. Mit Albert Bögler ist er einer der leitenden Männer der Vereinigten Stahlwerke, dem Ruhrtrust, der immer noch nicht, entgegen den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, den Verlust seines Kapitals über das gesetzlich vorgeschriebene Maß bei den Behörden angezeigt hat.

Es ist kein Wunder, wenn diese Leute als letzten Strohalm, die Inflation, sehen, und sie sind verbrochen gegen diese Rettung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu betreiben.

Zu ihnen kommt die Großlandwirtschaft. Es gab mal eine Zeit, wo die Großlandwirtschaft nicht Heil Hitler rief, sondern nach Krediten der Republik. Leider hat man dem im Zeichen einer falschen Agrarpolitik nachgegeben und diese Großlandwirtschaft mit Krediten, die zum größten Teil verpulvert und nicht zur Verbesserung der Betriebe verwendet wurden, überflutet, so daß sie überschuldet bis über die Ohren, auch heute

in der Inflation den bequemsten und billigsten Ausweg sieht, sich von Schulden zu befreien.

Durch die „nationale“ Erregung in Bad Harzburg sind starke egoistische Motive durchgeschlagen. Man will die Opfer, die die Krise erfordert, nicht selbst tragen. Man will sie auf die Allgemeinheit abwälzen. Das ist der Sinn von der Schwerindustrie und von der Großlandwirtschaft verlangten Inflation.

Der Frankfurter Zeitung geht ein interessanter Bericht aus der Umgebung eines beteiligten Schwerindustriellen zu, in dem es u. a. heißt:

„An dem Tage, an dem der Reichsverband der Deutschen Industrie und die übrigen Verbände von ihrer großen Erklärung, wenn auch von der Idee der Inflation abrückten, waren einige westfälische Industrielle, die seit langem die Inflation betreiben, beim Reichskanzler und haben ihm, als er sich abnehmend gegenüber der Inflation verhielt, erklärt, dann müßten sie nach Bad Harzburg gehen. Der Reichskanzler schüttelte auch die Frage an,

wie sich die Industriellen denn die Lage der Sparer dachten, worauf einer von ihnen erklärt haben soll: sie müßten eben von vorne anfangen.“

Einige Tage später wurde ein Beauftragter des Langnamvereins, der gleichzeitig im Namen bestimmter Persönlichkeiten auftrat, zu Herrn Dingeldey gefandt, um ihm das Ultimatum zu stellen,

er müsse sich im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning anschließen, oder künftig auf die Persönlichkeiten (d. h. auf das Geld) der westfälischen Industrie verzichten.

Dingeldey hat das Mißtrauensvotum zugesagt, aber die Verantwortung für ein Kabinett Hugenberg abgelehnt. Die westliche Industrie hofft, daß es nicht schwer sein wird, die Einigungsformel von Harzburg den Inflationsgedanken einzufügen; Hugenberg, der auf hohen Schulden sitzt, ist ohnehin

dafür, ebenfalls die Leitung des Reichsländbundes. Die Gelbtheorie der Nationalsozialisten kommt diesen Wünschen entgegen, weil sie konfus und goldfeindlich ist. Die alten Offiziere endlich verstehen zu wenig vom Geldwesen, um die Gefahren für ihre Pension zu sehen.

Das Hauptziel der Tagung von Harzburg besteht darin, festzustellen, wie man zur Inflation gelangen kann und wie der Klassenkampf gegen Arbeiterschaft und Sparer zu führen ist.

Gelingt die Herbeiführung der Inflation durch ein Kabinett Hugenberg nicht, so hofft man wenigstens in den Industriezweigen, durch publizistischen Pessimismus eine neue Bankenkrisis und von dieser Seite her dann den Zusammenbruch des Geldwesens herbeizuführen.“

Sozialdemokratische Fraktion zur Lage Ungeheure Gefahren

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Montagmorgen einen Bericht des Abgeordneten Dr. Breitscheid über die politische Lage entgegen.

In der ausgedehnten Aussprache wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zusammenkunft der sogenannten Nationalen Opposition in Harzburg der gesamten arbeitenden Bevölkerung die ungeheuren Gefahren aufgezeigt hat, die ihr von der Rechten drohen. Unter der Führung von Schwerindustriellen, Bankfürsten und Hofsozialenringern hätten sich dort alle Kräfte vereinigt, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten die politischen Rechte rauben, ihre Lebenshaltung brutal herabdrücken, Sozialgesetzgebung und Tarifrecht vernichten wollen.

In Harzburg sei aber auch die Lösung aufgenommen worden, wonach durch eine neue Inflation der gewerbliche Mittelstand und die breiten Massen der kleinen Sparer und Rentner zum zweiten Male zugunsten der Schwerindustriellen und Großkapitalisten enteignet werden sollen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird Beschlüsse erst nach der Rede des Reichskanzlers fassen.

In einer Reihe von Anträgen fordert die Fraktion eine wirksame Kürzung der großen Pensionen und hohen Gehälter, eine Neuaufstellung der Fürstenabfindungen, die scharfe Kontrolle des Bank- und Kartellwesens, die Behebung des Bankmarktes sowie andere Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise der breiten Massen, insbesondere durch eine

ausreichende Winterhilfe für Erwerbslose, Sozialrentner und alle andern Hilfsbedürftigen.

Heute spricht Brüning Reichstagsausssprache beginnt morgen

Der Reichstag, der am Dienstagmorgen um 3 Uhr zusammentritt, wird sich nach der Rede des Reichskanzlers auf Mittwoch 12 Uhr versagen. In der Debatte über die Regierungserklärung können nach den Beschlüssen des Reichstages von jeder Fraktion drei Redner eine Stunde sprechen. Sämtliche auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik gestellten Anträge werden mit der Aussprache verbunden. Ob die Aussprache am Freitag beendet werden kann, ist noch nicht zu übersehen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Montag einen ausführlichen Bericht des Reichskanzlers über die Arbeiten des Reichsrats seiner ersten Regierung und über die politische Lage entgegen.

Die Bayerische Volkspartei hat im Reichstag mehrere Änderungsanträge zu der letzten Rotterordnung des Reichspräsidenten eingebracht. Die durch die Beschlüsse entfallenden Neuanwendungen des Reichs sollen aus den Mitteln der Reparationen und aus den Reparationsrücklagen gedeckt werden.

Das Stiefenpferd des Jungbo

DDJ, Berlin, 12. Oktober.

Die Reichstagsgruppe der Volkennationalen Reichsvereinigung (Jungbo) veröffentlicht die Erklärung, daß sie ihre Haltung gegenüber der Regierung Brüning abhängig mache von den Garantien, die sie für die Durchführung einer der Zeit entsprechenden Siedlung gibt.

Schacht - ein Schädling

Finanzminister Dietrich gibt eine scharfe Antwort

Auf die landesverräterische Rede des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Harzburg hat Reichsfinanzminister Dietrich am Montag vor Vertretern der Presse wie folgt geantwortet:

Die Behauptung Schachts, die Reichsbank sei benutzt worden, um die Illiquidität der öffentlichen Hand zu verbergen, ist eine geradezu unerhörte Behauptung, die geeignet ist, dem Deutschen Reich, dem deutschen Finanz- und dem deutschen Volke den allergrößten Schaden zuzufügen, und die durchaus unwahr ist.

Die Reichsbank hat dem Reich keinen einzigen Pfennig geliehen und hat auch den Ländern so gut wie gar nichts geborgt. Ebenso haben die Gemeinden so gut wie keinen Kredit bei der Reichsbank erhalten.

Weiter ist in der Rede Dr. Schachts die Reichsregierung als unsfähig bezeichnet worden. Ja, meine Herren, an Ueberheblichkeit leiden noch mehr Leute in Deutschland.

Es ist allmählich in Deutschland Sitte geworden, daß jemand, je mehr er schimpft, desto mehr glaubt, ein Recht zu haben, sich als national zu bezeichnen.

Was nun die deutsche Auslandsverschuldung angeht, so wäre es für Herrn Dr. Schacht eine dankenswerte Aufgabe gewesen, den genauen Umfang dieser Verschuldung während seiner Tätigkeit als Reichsbankpräsident festzustellen.

Was ist irgendwenn von der Reichsregierung oder Reichsbank verheimlicht worden? Alle diese Dinge haben die Spalten von den Dächern geblasen. Es ist eine bekannte Sache, daß die Goldbestände eines Reichsbankpräsidenten in Höhe von 50 Millionen Dollar in Amerika hat, den Herr Dr. Schacht selber befragt hatte und den man in der letzten Zeit, der 100 Millionen Dollar bei der DZB, bei der Bank von Frankreich usw. in Anspruch genommen haben, haben die Zeitungen es mal geschrieben. Die Bank von England hat ganz andere Kredite in Anspruch genommen, aber in England wird niemand an einer politischen Tagung eine solche Rede halten, wie es Dr. Schacht getan hat. Einen solchen Mann werden sie in England nicht finden. Er würde dort gänzlich unmöglich sein und könnte sich nicht mehr sehen lassen. Es ist etwas ganz anderes, wenn jemand auf der Straße solche Dinge schreit. Aber

wenn ein Mann, der früher Reichsbankpräsident war, solche Dinge sagt, so ist das für den Bestand des Reiches gefährlich.

Die ganze Gefahr für das deutsche Volk liegt in seiner Nervosität. Die Situation ist in Deutschland schließlich nicht so, wie sie Ende des Krieges oder im Jahre 1923 war, daß wir verhungern mußten, sondern wir haben eine gute Ernte in den Scheunen, wir haben einen Viehbestand, mit dem wir unsere Bevölkerung bequem bis zur nächsten Ernte durchbringen können, endlich haben wir Kohlen und Zuder genug. Es wäre nur nötig, daß die Bevölkerung nicht aus Nervosität einfach in den Abgrund hineinrennt. In Deutschland wagt eben niemand mehr, etwas zu unternehmen, weil

„nationale Gefühnism“ bei uns in Deutschland darin besteht, daß man sich gegenseitig beschimpft.

Was hat Schacht gesagt?

Interessant ist, daß Hugenergs Telegraphen-Union aus Schachts Rede die folgenden Sätze verbreitet (offenbar aus dem vorbereiteten Manuskript):

„Wir haben eine Währung, die nicht mehr dem regulären Warenverkehr dient, sondern nur noch dazu, die Illiquidität unserer Finanzinstitute und der öffentlichen Hand zu verbergen. Unser Angst, daß das Publikum könnte nervös werden, sagt man ihm nicht, daß das Reichsbankportefeuille nur noch zu einem Bruchteil aus reichsbankfähigen Wechseln besteht und schließlich in die Berechnung der Golddeckung einige hundert Millionen geliehener Devisen ein, die in Kürze zur Rückzahlung fällig sind.“

Diese geradezu unerhörten Behauptungen findet man jedoch nicht einmal in der Hugenerg-Preffe. Auch die Telegraphen-Union forderte später auf, sie zu streichen. Man möchte also die tollsten Dinge versuchen. Die Welt soll nicht erkennen, was in Wahrheit gespielt wird.

Kampf gegen die Spaltung!

Von
A. Gurland

Der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes gehört zu dem Kreis der Genossen, die sich der Spaltung der Partei in Opposition stellen und bisher Seite an Seite mit Hugenberg für eine Kursänderung kämpfen. Ohne uns selbstverständlich mit der Auffassung des Verfassers über die Taktik der Partei zu identifizieren, geben wir seine Ausführungen nachstehend wieder, da sie uns als beachtlicher Beitrag zur Frage der Parteieinheit und des Meinungstamptes in der Partei erscheinen.

Der Versuch der Spaltung der Sozialdemokratie, wie er durch die Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ unternommen worden ist, kann jetzt schon als mißglückt bezeichnet werden. Die Mitgliedschaft steht in ihrer Masse ohne Unterschied von Richtungen treu zur Partei und lehnt die Gründung einer Splittlerorganisation ab. Aber es sind immer die schlechtesten Genossen, die die schwere Verantwortung für die Auflösung von der Sozialdemokratie auf sich genommen haben, und es ist jütteste Schade um die Jugend, die auf einem Irweg ins politische Nichts geführt wird. Die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation ist auch viel zu schwer, als daß wir uns den Luxus leisten könnten, der Absehr eines Teiles der Partei- und Jugendgenossen von ihrer Organisation, auch wenn dieser Teil noch so klein ist, unbeteiligt zuzuschauen. Es ist unser Wunsch, die Genossen mögen den Weg zurückfinden zur Sozialdemokratischen Partei und zur Sozialistischen Arbeiterjugend, und noch schärfer wünschen wir, der Fehler von heute möge ihnen allen zur unverwischbaren Lehre für die Zukunft werden.

Gerade deswegen ist es uns, die wir in Opposition stehen zum taktischen Kurs der Partei in der Gegenwart und die wir mit den Genossen von gestern in manch einer Situation zusammengewandert sind,

vorbringliche Pflicht, unsere Stimme zu erheben gegen jeden Spaltungsversuch, und der Parteigenossenschaft zu sagen, warum wir jede Spaltung und Zerstückelung der proletarischen Organisationen auf das schärfste verurteilen und unumschätzlich bekämpfen.

Grundsätzliche, nicht Augenblickserwägungen bestimmen unsere Haltung. Und unter diesen grundsätzlichen Erwägungen steht an erster Stelle die Überzeugung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, daß das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse der oberste organisatorische Gesichtspunkt für alle sozialistische, alle proletarische Bewegung zu sein hat. Nicht einzelne, nicht Gruppen und Seiten haben über Ziel, Weg und Methode proletarischer Politik zu bestimmen, sondern nur die Masse der Proletariat selbst, und die Masse fällt nach dem berühmten Marzischen Wort „nur in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet“. Nur im Rahmen der Organisation kann die Arbeiterklasse ihr Selbstbestimmungsrecht üben, über Politik und Taktik der Bewegung entscheiden.

Friedlich gibt es eine Auffassung, die die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse ablehnt, die vermeint, das revolutionäre Klassenbewußtsein müsse von außen in die Arbeitermassen hineingetragen werden, eine entschlossene Vorhut müsse sie führen und eine „kleine, aber reine Partei“ ihre Kämpfe organisieren. Doch wer als Marxist die demokratische Organisation des Proletariats für die einzig mögliche Grundlage des proletarischen Kampfes hält, wer die Grundzüge demokratischer Meinungs- und Willensbildung innerhalb der Arbeiterorganisationen verteidigt, wer eintritt für weitestgehende Parteidemokratie und in den heutigen Organisationen des Proletariats ein Jüwenig an demokratischem Aufbau zu bemängeln und zu kritisieren sich verpflichtet fühlt, kann jener Auffassung, die dem Aufbau der kommunistischen Parteien zugrunde liegt, nie und nirgends beipflichten. Das nämlich ist der Sinn einer Massenorganisation, daß die Kämpfer in ihr um den besten Weg, um die geeignetste Methode im Kampf um das sozialistische Ziel miteinander ringen, und nur aus diesem geistigen Ringen, nur aus der geistigen Auseinandersetzung der verschiedensten Richtungen, Strömungen und Auffassungen innerhalb der proletarischen Bewegung formt sich der Wille der Massen zur kämpferischen Tat.

Der geistige Kampf um das bessere „Wissen, das die Massen leitet“, hat aber eine Organisation zur Voraussetzung, die die Massen zusammenfaßt; er ist nicht möglich ohne einen gemeinsamen organisatorischen Boden, von dem aus das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse in demokratischer Meinungs- und Willensbildung umgesetzt werden muß.

Wird dieser organisatorische Boden verlassen, die Arbeiterklasse organisatorisch zerläßt und aus einer einheitlichen Organisation eine Vielzahl von Organisationen geschaffen, so verhandelt sich das Ringen um Weg und Taktik in einen organisatorischen Kampf, in dem nicht Genossen haben und drüben einander gegenüberstehen, sondern gegnerische Organisationen einen Vernichtungskampf auf Tod und Leben miteinander führen; die Kraft der getrennt existierenden wird nicht fruchtbar gemacht, indem sie vereint schlagen, sondern sie wird aufgerieben in selbstmörderischem Bruderkampf.

Und es sind ja nicht verschiedene Klassen, nicht verschiedene Gesellschaftsschichten, deren besondere Interessen hier das Verbindende in verschiedenen Organisationen erfordern; haben wir drüben stehen die Angehörige der gleichen Klasse, jede Organisation, die durch Spaltung aus dem einheitlichen Organismus der Bewegung hervorgegangen ist, muß ihren Lebensstrom aus dem gleichen Sammelbehälter speisen, ein und dasselbe ist das Kräfte- und Willensreservoir für alle Organisationen, die die Spaltung in einander befehdende, gegnerische Lager verfrachtet hat. Um die gleichen Menschen muß ringen werden, und jede von den ge-

Aus dem Inhalt

- Politik und allgemeiner Teil:
 - Schwerindustrie will Inflation.
 - Schacht - ein Schädling.
 - Wie die Spaltung planmäßig vorbereitet wurde.
 - Das Doppelspiel der Kommunisten.
 - Sinnlos-japanische Verhandlungen eingeleitet.
 - Höpfer-Alschoff tritt zurück.
 - Zeitgenössisches des Hugenbergsverbreiters.
- Seitebericht:
 - Fällt die Aufrückungsperre?
 - Kultur und Bildung trotz allem.
 - Schwierige Lage der SPD.
 - Streik deutscher Seeleute in russischen Häfen.
- Kunst und Wissenschaft:
 - Richard Strauß dirigiert eigene Werke.
- Feuilleton:
 - Vor 40 Jahren: Erfurt.
- Aus aller Welt:
 - Gewerkschaftliche Umschau.
 - Arbeit und Wirtschaft:
 - Die Kartellwirtschaft - eine Gefahr.
 - Die Börsen beben.

Höpfer-Alschoff tritt zurück

Meinungsverschiedenheiten über die Finanzpolitik

W.B. Berlin, 12. Oktober.

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Alschoff hat am Montagabend folgendes Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Braun gerichtet:

„Berlin, 12. Oktober 1931.“

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Der Verlauf der heutigen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der preussischen Koalitionsparteien hat mich davon überzeugt, daß ich auf die für meine Amtsführung erforderliche Unterstützung der Koalitionsparteien nicht mehr in ausreichendem Maße rechnen kann. Der Verlauf der heutigen Staatsministerkonferenz hat mir gezeigt, daß auch zwischen den übrigen Herren Staatsministern und mir die erforderliche Einmütigkeit nicht mehr besteht. Außerdem ist es mir nicht mehr gelungen, diejenige Vereinbarung zwischen den Maßnahmen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung herbeizuführen, die in der heutigen Sitzung notwendig wäre. Da es mir unter solchen Umständen nicht möglich ist, mein Amt erfolgreich weiter zu verwalten, trete ich, gemäß Artikel 59 der preussischen Verfassung, von meinem Amte zurück.

Ich danke Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, für das Wohlwollen, das Sie mir mehr als sechs Jahre lang bewiesen haben. Sie dürfen versichert sein, daß mir der Entschluß zum Rücktritt, der allein auf sachlichen Meinungsverschiedenheiten beruht, sehr schwer fiel, weil er mir die Möglichkeit nimmt, dem preussischen Staate wie bisher mit allen meinen Kräften zu dienen.

Mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung verbleibe ich, Herr Ministerpräsident,

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener
Dr. Höpfer-Alschoff.“

Bis zur Wiederbesetzung des Postens des Finanzministers hat Ministerpräsident Braun den Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, mit der Leitung des Finanzministeriums neben der Wahrnehmung seiner Ressortgeschäfte beauftragt.

Die Aufrückungsspanne für Beamte

Preussische Notverordnungsbestimmung wieder aufgehoben

Amtlich wird von preussischer Seite mitgeteilt:

„In den Besoldungsordnungen des Reiches und der Länder fand sich bisher die Bestimmung, daß die Planmäßigen Beamten und Lehrpersonen, soweit sie aufsteigende Gehälter oder Gehälter mit Mindestgrundgehältsanteilen beziehen, bis zur Erreichung des Endgehaltes einer Gruppe fest nach Ablauf von zwei Jahren in eine höhere Gruppe ihrer Gehaltsgruppe aufzurücken. Die preussische Notverordnung vom 12. September 1931 hat diesen Zustand im Rahmen der „sonstigen Maßnahmen zur Sicherung des Haushautes“ dahin abgeändert, daß diese Zweijahresspanne einmalig auf vier Jahre verlängert wurde, daß also praktisch ein Aufrücken der Beamten um zwei Jahre hinausgeschoben wurde. Diese Maßnahme wurde in begründeter Annahme vorgenommen, daß die Reichsregierung in ihrer Notverordnung eine für die Reichsbeamten gültige Bestimmung gleichen Inhalts treffen würde. Da die inzwischen veröffentlichte dritte Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten jedoch diese Bestimmung nicht enthält, glaubt die preussische Staatsregierung diese Regelung nicht aufrechtzuerhalten zu können. Das preussische Staatsministerium hat deshalb in seiner Sitzung vom 12. Oktober die Aufhebung jener Bestimmung beschlossen und somit die preussischen Beamten in bezug auf die Aufrückungsverhältnisse innerhalb der Gehaltsgruppen den Reichsbeamten wieder gleichgestellt.“